



Die Waffeninitiative – Ein Anschlag auf den Schweizer Schiesssport

Die Diskussion um die persönliche Waffe des Schweizer Wehrmannes trieb in den vergangenen Jahren unterschiedliche – mitunter seltsame – Blüten. Auf verschiedenen Feldern wurde dabei für das jeweils eigene Anliegen gekämpft. Die greifbaren Ergebnisse tangieren den Schiesssport nicht über Massen: Im Jahr 2007 beauftragte das Parlament den Bundesrat, die Taschenmunition einzuziehen. Die Armee setzt den Entscheid, der ohne unmittelbare Auswirkungen auf unseren Sport ist, seit Januar 2008 um. Auch die Revision des Waffengesetzes wurde nach Abweisung verschiedener Anträge in einer Form verabschiedet, welche die Ausübung des Schiesssports noch zulässt.

Altbekannte Forderungen – demokratisch bereits verworfen

Die unter Federführung der SP gestartete Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» bedroht unseren Sport hingegen direkt. Die Initiative bringt alle Punkte wieder auf den Tisch, die während der vergangenen fünf Jahre vom Parlament bereits mehrmals abgelehnt wurden, darunter einen Bedarfsnachweis für den Waffenerwerb sowie die Einführung eines nationalen Waffenregisters ohne Ausnahmen für Sportwaffen. Diese Punkte wurden in den eidgenössischen Räten bereits demokratisch diskutiert und verworfen – mit gutem Recht.

Dennoch wäre es falsch, die Initiative auf die leichte Schulter zu nehmen. Eine Umfrage des SSV zu Beginn der Unter-

schriftensammlung für die Initiative zeigt, dass eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine Verschärfung des Waffengesetzes wünscht sowie ein zentrales Waffenregister befürwortet. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass der Einsatz aller am Schiesssport Interessierten notwendig ist, um Schaden abzuwenden. Immerhin wird in der Umfrage den Schützenvereinen eine sinnvolle Tätigkeit im sozialen wie im sportlichen Bereich attestiert.

Nachwuchsarbeit wird erschwert

Diese Arbeit, die wir nicht zuletzt für unsere Jugendlichen leisten, wäre durch eine Annahme der Initiative in höchstem Masse gefährdet. Denn die Forderungen der Initianten beschränken sich nicht auf Ordonnanzwaffen. Es geht nicht alleine um die Abgabe der Waffe an die Wehrmänner während und nach der Dienstzeit. Vielmehr soll der Besitz aller Waffen – auch unserer Sportgeräte – klar reglementiert und soweit möglich eingeschränkt werden. Die Hemmschwelle für einen Jugendlichen, der sich in einem Verein engagieren möchte und auf seiner Suche nach einer geeigneten Sportart auch im örtlichen Schiessverein vorbeischaute, würde stark erhöht.

Es ist also falsch zu glauben, die Forderungen der Initianten würden nur die Ordonnanzwaffen betreffen. Vielmehr wird für alle Waffen, auch und ausdrücklich von Sportschützen, eine Lizenzierung und Registrierung verlangt. Auch wenn die Druckluftwaffen in dieser Diskussion kaum je erwähnt werden, sind sie ebenfalls betroffen. Und mit ihnen alle Distanzen und Disziplinen des Schiesssports.

Gerade bei den Druckluftwaffen hätte eine Einschränkung des Gebrauchs als Sportgerät äusserst negative Auswirkungen auf unseren Sport. Druckluftwaffen sind oftmals die Einstiegsgeräte für den Nachwuchs und die Juniorinnen und Junioren. Mit ihnen wird unser Nachwuchs behutsam an den Spitzensport herangeführt. Mit Druckluftwaffen lernt unsere zukünftige Elite das Siegen. Im Schiesssport wächst der Nachwuchs nicht an Bäumen und muss nur noch gepflückt werden. Trendsportarten konkurrenzieren ihn in der Gunst der Jugendlichen. Unser Sport muss für die Jungen attraktiv sein. Einschränkungen, wie sie die Annahme der Waffeninitiative mit sich bringen würde, müssen also gerade im Hinblick auf einen starken Nachwuchs vermieden werden.

Grösstes Schweizer Breitensportfest in Gefahr

Aber auch das Verbot einer Heimabgabe der Ordonnanz-Waffe hätte gravierende Auswirkungen auf den Schiesssport. Der Sportschütze in der Disziplin Gewehr 300 m



müsste seine Waffe vor jedem Wettkampf im Zeughaus abholen. Die Initianten fordern, man dürfe aus logistischen Gründen in den Zeughäusern keine persönliche Waffe mehr erhalten. Gerade das eigene Sportgerät ist jedoch ein persönliches Utensil, dessen Eigenheiten der Schütze kennen muss, um Spitzenresultate zu erzielen. Lizenzierte Sportschützen sollen laut Initiativkomitee die Möglichkeit erhalten, mit ihrer persönlichen Waffe am Feldschiessen teilzunehmen. Was jedoch soll man vom unmittelbar folgenden Satz im Argumentarium der Initianten halten: «Diese Ausnahmeregelung soll aber restriktiv gehandhabt werden»? Dieses Beispiel macht deutlich: Die zugesicherten Ausnahmen für Sportschützen sind bewusst unklar und schemenhaft formuliert, um die Sportschützen in falscher Sicherheit zu wiegen.

Das oft gehörte Argument der Befürworter dieser Initiative, das Feldschiessen könne auch nach Annahme wie bisher weitergeführt werden, erweist sich als falsch. Das Feldschiessen ist nicht in erster Linie ein Fest von Schiessvereinen und ihren lizenzierten Mitgliedern. Das Feldschiessen ist das grösste Volksfest der Schweiz im Breitensport. Wir haben rund 75 000 lizenzierte Schützen in der Schweiz. Am Feldschiessen 2008 nahmen über 145 000 Schützinnen und Schützen teil. Das heisst, dass rund die Hälfte nicht lizenzierte Schützen sind, die bei Annahme der Initiative wegblieben oder für die Teilnahme eine Waffe benützen müssten, mit der sie nicht vertraut sind. Dazu kommt, dass solche Feste die beste Werbung für unsere Sportvereine sind – auch für die Anwerbung neuer Mitglieder.

Die Gründe für eine Bekämpfung der Waffeninitiative von Seiten der Sportschützen sind also vielfältig.

Rita Fuhrer, Präsidentin SSV

Liebe Leserin lieber Leser

*Aufzeigen, welche Ziele die Organisationen hinter der «Volksinitiative für den Schutz vor Waffengewalt» verfolgen und was die Annahme dieser Initiative für Auswirkungen auf unseren Schiesssport haben würde, das ist der Sinn dieses kleinen Hefts von **SchiessenSchweiz** an die Schweizer Schützen zu Beginn des Abwehrkampfes gegen die wohl grösste Bedrohung unseres Schiess-Breitensports in den letzten zwei Jahrhunderten.*

*Damit das Heft einfach herausgenommen werden kann, erscheint **SchiessenSchweiz** für einmal ohne Heftung.*

Redaktion SchiessenSchweiz



Rolf Büttiker (FDP)
Solothurn
Ständerat seit 1991
Mitglied UREK-S



Walter Koller
Schwarzenburg BE
Präsident Verband
Schweizerischer
Schützenvete-
ranen VSSV



Hubert Bonderer
Walenstadt SG
Präsident Schweiz.
Büchsenmacher-
und Waffenfach-
händlerverband (SBV)

Nach Ansicht der Initianten soll nur noch eine Waffe besitzen dürfen, wer einen Bedarfsnachweis erbringt und sich über die notwendigen Fähigkeiten ausweisen kann. Welche Auswirkungen würde dies auf den Schiesssport als Volks- und Breitensport haben, so wie er heute betrieben wird (mit Lizenzierten und Vereinsschützen)?

Keine Wesentlichen, könnte man zum Schluss kommen, denn jede Schützin und jeder Schütze erbringt mit seiner Vereinszugehörigkeit und Lizenz den Bedarfs- und Fähigkeitsausweis. Die Initianten betonen aber, den Begriff restriktiv auszulegen. Schützinnen/Schützen, die z.B. eine sportliche Pause einlegen wollen, müssen ihr Sportgerät abgeben. Zehntausenden die jährlich 1 bis 2 mal ihre persönliche Dienstwaffe für das Eidg. Feldschiessen und am «Ausschiesset» benützen wollen, wird dies verunmöglicht. Der mit dem der Geschichte der Schweiz eng verbundene Volkssport «Schiessen» ginge verloren.

Nur ein Staat, der Angst vor dem eigenen Volk hat, würde einen Bedarfsnachweis verlangen. Eine solche Massnahme würde unseren Schiesssport als Breitensport mit Sicherheit kaputt machen.

Da drängt sich die Frage auf, ob wir bevormundet werden müssen, sind den die Schützen für die Amoktaten zu verantworten? Meiner Meinung nach sicher nicht. Haben Sie schon einmal gehört, das sich Verbrecher um Bedarfs- und Fähigkeitsausweise bemühen? Ebenfalls nicht. Also wird der Breitensport ums Schiessen fremdbestimmt und abgemurkst. Wenn jemand zwischendurch aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen 2–3 Jahre nicht schiessen kann, dürfte er ja keine Waffe mehr haben. Nachher müsste er sich wieder bewerben und alles neu kaufen. Macht das Sinn? Das geht doch in Richtung Diktatur!

Gesetzt den Fall, der Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis wird eingeführt. Was heisst das für die Ausbildung? Was für den Nachwuchs des Schiesssports?

In aller Regel besitzen die Auszubildenden noch kein eigenes Sportgerät und die Fähigkeit erwerben sie gerade mit dem Besuch der Nachwuchskurse. Gefährdet sind jedoch die Jungschützenkurse der Disziplin Gewehr 300 m. Mit dem Wegfall der Heimabgabe der Dienstwaffe stünde das Schiesswesen ausser Dienst mit Jungschützenkurs und «Obligatorischen» vor dem sicheren Aus. Für jährlich mehr als zehntausend junge Schützinnen und Schützen bliebe der Zugang zum Schiesssport verwehrt.

Die Einführung eines Bedarfs- und Fähigkeitsausweises würde zu einem administrativen Aufwand führen, welcher die Ausbildung und die Förderung von Nachwuchs im Schiesssport verunmöglicht.

Die Erlangung eines Fähigkeitsausweises würde dem sicheren Umgang mit der Waffe dienen, was an und für sich durch die Jungschützenkurse genügend abgedeckt wäre. Der Bedarfsausweis würde der Willkür Tür und Tor öffnen. Stellen Sie sich vor, ein Initiant der Waffeninitiative wäre derjenige, welcher den Bedarf absegnen würde. Das wäre der Todesstoss für das Sportschiessen und für viele Jugendliche ein Wegnehmen ihres Sports.

Die Initianten behaupten, dass die Einführung eines zentralen Waffenregisters (Autos und Hunde würden schliesslich auch erfasst) für eine wirksame Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen unerlässlich sei und zu vermehrter Sicherheit beitrage. Inwiefern kann die blosser Registrierung von Waffen vorsätzliche kriminelle Handlungen verhindern?

Die Argumentation, dass ein zentrales Waffenregister Verbrechen verhütet ist sehr gewagt. Mit gleichem Recht könnte man ja auch behaupten, dass registrierte Autos keine Unfälle verursachen. Die Geschichte der Menschheit beweist es seit Gedenken: Vorsätzliche kriminelle Handlungen lassen sich – leider – weder durch administrative Massnahmen noch Strafgesetze verhindern. Die öffentliche Sicherheit verbessert sich mit dieser Massnahmen um kein Jota.

Die Waffen der Schweizer Schützen sind alle registriert, entweder im Dienstbüchlein bei der Abgabe im Militärdienst oder beim Waffenhändler bei einem Kauf im Waffengeschäft.

Genausowenig, wie die Registratur von Autos und Hunden Verkehrsunfälle und Hundebisse verhindern kann.

Die Initiative fordert das Verbot der Heimabgabe der Dienstwaffe an die Armeeangehörigen. Die Lagerung der Dienstwaffen soll durch die Armee erfolgen. Was heisst das für das Schiesswesen ausser Dienst («Obligatorisches») und für den Schiessbetrieb in den Vereinen?

Das heisst nichts anderes als das sichere Aus für das Schiesswesen ausser Dienst. Sinn und Zweck des «Obligatorischen» ist die Beübung der persönlichen Dienstwaffe. Es ist auch ein klarer Angriff auf die Strukturen des Schiesssports in der Schweiz. Mit dem Wegfall der obligatorischen Schiesspflicht wären Hunderte von häufig benutzten Sportstätten gefährdet, die Grundlage für den Volkssport Schiessen entzogen. Zehntausende würden durch diese Umstände genötigt, auf ihr Hobby, ihren Sport verzichten zu müssen. Das verträgt sich nicht mit unseren solidarischen und pluralistischen Werten.

Die Verwahrung der Dienstwaffen in «gesicherten» Räumen der Armee würde den Schiesssport schwer behindern. Zudem würde unseren Armeeangehörigen das Vertrauen komplett entzogen und kriminellen Banden ein Diebstahl von zahlreichen Waffen auf einen Schlag bei einem Einbruch in angeblich «gesicherten» Räumlichkeiten ermöglicht. Die Waffe zu Hause beim Schützen ist ausserdem seit Jahren das Symbol unserer Wehrbereitschaft.

Viele Autokilometer und Mannstunden, denn die Waffe muss im Zeughaus abgeholt und zurückgebracht, ein- und ausgelagert werden. Diejenigen, die das fordern, setzen sich sonst für Umweltschutz ein und da verlangen sie etwas komplet gegen ihre angestammte Gesinnung. Man kann ja alles immer zum Eigennutz hinbiegen!

Das Schiessen als Volks- und Breitensport in der Schweiz basiert zu einem grossen Teil darauf, dass das Sportgerät während der Dienstzeit zur Verfügung steht und nachher in den persönlichen Besitz (freiwillig) übernommen werden kann. Inwiefern können Sie unter diesen Umständen der Argumentation der Initianten folgen, dass z. B. das Eidg. Feldschiessen wie bisher als Volkssportanlass für jedermann durchführbar sei?

Der Volkssport Schiessen basiert zu einem grossen Teil auf dem Milizsystem der Armee und der Heimabgabe der Dienstwaffe. Über dieses persönliche Sportgerät finden die Schützinnen und Schützen in der Schweiz Zugang zum sportlichen Schiessen. Es ist einfach undenkbar, einen Volkssportanlass im Ausmass des Eidg. Feldschiessens ohne die persönlichen Sportgeräte durchführen zu wollen. Es muss einfach allen Befürwortern der Initiative klar gemacht werden, dass hier eine grosse schweizerische Tradition zugrunde gehen würde.

Waffe und Munition gehören zum Wehrmann. Jeder Wehrmann will deshalb auch seine Waffe behalten, mit der er viele Tage im Militärdienst verbracht hat. Den Wehrmännern, welche keinen ausserdienstlichen Schiesssport ausüben, steht es ja jetzt schon frei, das Gewehr der Armee zurückzugeben.

Gar nicht! Das würde Schiessen nur mit der Leihwaffe und folgendem Handicap bedeuten: Als Büchsenmacher weiss ich, dass wenn 100 Schützen mit nur einer Waffe schiessen müssen, sicher 70% eine vom Auge verursachte, zum Teil extrem stark abweichende Treffpunktage haben. Das ist für den Schiesssport nicht akzeptabel und kann so nicht hingenommen werden, weil dann die Voraussetzungen nicht für alle gleich sind.

Das geltende, revidierte Waffengesetz regelt den Besitz und den Erwerb von Feuerwaffen in Übereinstimmung mit dem bilateralen Abkommen Schengen/Dublin.

Inwiefern teilen Sie die Auffassung der Initianten, dass die angestrebte Verschärfung des Waffengesetzes das öffentliche Leben sicherer macht?

Der Initiativtext weist klar in Richtung grundsätzliches Verbot des Besitzes und Erwerbs von Feuerwaffen. Gleichzeitig behaupten die Initianten, dass die Ausübung des Schiesssports nicht tangiert sei.

Auf was müssen sich die Sportschützen bezüglich ihrer Sportgeräte einstellen, wenn – wie von den Initianten angestrebt – der Ausübungsbegriff restriktiv ausgelegt wird?

Die Initianten unterstellen, dass rund 1,7 Mio. Feuerwaffen nutzlos in Haushalten herumliegen und fordern, dass der Bund die Kantone beim Einsammeln von Feuerwaffen unterstützt.

Halten Sie solche Massnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit für zweckmässig?

Rolf Büttiker

Diese Auffassung ist irreführend. Es besteht keine Veranlassung, auf Stufe Bundesverfassung Einzelheiten zu verankern, die auf Gesetzesstufe zu regeln sind. Das geltende Waffengesetz ist gezielt auf die Missbrauchsverhinderung und die öffentliche Sicherheit ausgerichtet. Über einen Verfassungstext mehr zu versprechen, ist scheinheilig.

Hier muss der Stimmbürgerschaft eindeutig klar gemacht werden, dass die Annahme der Initiative eine Diskriminierung von Schützinnen und Schützen bedeutet, die – so der Wille der Initianten – keinen Beweis als regelmässiger Sportschütze erbringen. Wie bereits in der ersten Frage dargelegt, bedeutet die Annahme der Initiative nichts anderes als den faktischen Ausschluss von Zehntausenden von Volkssport-Schützen vom Schiesssport, verbunden mit der Erosion auf Vereins- und Verbandsebene.

Man könnte versucht sein, zu erwidern, nutz- und damit gefahrlos! Das ist natürlich nicht der Punkt, denn den Initianten geht es hier wiederum darum, alle Waffen zwangsweise einzuziehen. Es ist nicht zu verhehlen: wer aus freien Stücken keine privaten Dienstwaffen (z. B. von den Vorfahren) mehr im eigenen Haushalt aufbewahren will, soll diese auf ordentlichen Weg durch Rückgabe im nächsten Zeughaus «entsorgen» können. Das ist vielleicht zu wenig bekannt. Um dies zu ändern braucht es aber in keiner Weise eine Verfassungsänderung.

Walter Koller

Ich bin mit den Initianten ganz und gar nicht einig, dass die angestrebte Verschärfung des Waffengesetzes das öffentliche Leben sicherer macht. Für Gewaltdelikte würden dann vermehrt andere Gegenstände und Waffen verwendet (z. B. Messer - siehe Grossbritannien).

Die Sportschützen wollen und dürfen eine solche Massnahme nicht akzeptieren. Man müsste sicher zu massiven Gegenmassnahmen greifen (z. B. grosse Demonstration wie bei der Beschaffung neuer Flugzeuge für unserer Armee). Die Sportschützen wären allerdings sehr stolz, wenn die Schweizer Regierung damit einverstanden ist, dass der Schiesssport auch in der Schweiz weiterhin ausgeübt werden kann.

Bei vielen Waffen handelt es sich um Erbstücke und Erinnerungen an den Vater oder Grossvater. Für Familien, welche keine Waffen mehr in der Wohnung besitzen wollen, könnte pro Kanton eine Sammelstelle (z. B. bei der Kantonspolizei) eingerichtet werden. Bei der Rückgabe müsste allerdings durch die Empfangsstelle eine Waffen-Quittung ausgestellt werden.

Hubert Boderer

Wenn ich an die Sonne gehe, kann ich mich mit Sonnencreme Schutzfaktor «2000» einreiben. Nützen tut das nicht mehr als Schutzfaktor 30, man holt sich keinen Sonnenbrand, aber man hat halt die Idee, man hätte das Bestmögliche dagegen gemacht. Genauso träumerisch ist die Gesinnung der Initianten, einfach noch mit einem diktatorischen Flair.

Auf zu viel! Die Initianten wollen dem Volk im vollen Bewusstsein der Nutzlosigkeit ein Gesetz verkaufen, welches bewiesenermassen nur den braven Bürger entwaffnet. Das ist Vorspiegelung falscher Tatsachen. Wie in anderen Ländern bewiesen, haben Verbrecher immer Waffen. Arbeiten die Befürworter für die, also klar gegen uns? Oder sind sie so realitätsfremd? Da geht doch keiner mehr zum Schiessen, wenn er solche Hürden überwinden muss.

Auf freiwilliger Basis können auch heute schon Waffen bei der Behörde zur Entsorgung abgegeben werden. Wenn jemand die Idee hat, dass er die Waffe nicht mehr braucht, kann er sie abgeben. Im Waffengesetz ab 1.11.2008 sind die Kantone verpflichtet Waffen zur Entsorgung entgegenzunehmen. Dazu braucht es weder Gesetze noch den Druck der parteidelegierten Schwarzseher.



Resolution des Schweizer Schiesssportverbandes gegen die Ziele der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»

(verabschiedet an der Manifestation «Waffe: Ein gesellschaftliches Problem?» vom 21. Februar 2008 anlässlich der Ausstellung *Fischen Jagen Schiessen 2008* in Bern)

Der Schweizer Schiesssportverband (SSV) und die 15 zur Förderung des Schiesswesens Schweiz in der Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (IGS) zusammengeschlossenen Organisationen lehnen die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» vollumfänglich ab. Die Zielsetzungen der Initiative sind darauf ausgerichtet, den Volkssport «Schiessen» zu gefährden, dem ausserdienstlichen Schiessen die Grundlage zu entziehen und eine dem direktdemokratischen Staatsverständnis und der gesellschaftspolitischen Tradition widersprechende Waffengesetzgebung zu errichten. Dem stellt sich die Schützengemeinde energisch entgegen und hält dazu folgendes fest:

1. Die Initiative will ein Verbot des privaten Waffenbesitzes.
2. Die Initiative verhindert volks- und Breitensportliches Schiessen, die waidgerechte Jagd und das Sammeln von Kulturgut.
3. Die Initiative will den Verzicht auf das Schiesswesen ausser Dienst. Dadurch wäre das Eidg. Feldschiessen, der grösste Volkssportanlass der Schweiz, nicht mehr durchführbar.
4. Die Behauptung der Initianten, das Volksschiessen und die Vereine werden nicht tangiert, ist unehrlich.
5. Die Initiative entzieht dem Bürger und Soldaten das Vertrauen und stellt damit das Milizsystem der Schweizerischen Armee in Frage.
6. Die Initiative verspricht mehr Sicherheit vor Waffengewalt; das ist irreführend!
7. Das revidierte Waffengesetz ist für eine konsequente Missbrauchsbekämpfung geeignet und ausreichend.
8. Mit der Verschärfung von Gesetzen und Verordnungen lassen sich gesellschaftliche Probleme nicht lösen.

Der SSV und die IGS rufen die Öffentlichkeit auf, die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» abzulehnen. Ihre Annahme kann weder den Missbrauch verhindern noch führt sie zu mehr Sicherheit. Sie gefährdet aber das Schiessen als Volkssport!

Was die Waffengesetzgebung mit sich bringen soll



Stand heute
(Waffengesetz vom 20. Juni 1997, Stand 1. Mai 2007)



Ab Einführung Bundes-
beschluss Schengen/ Dublin,
ca. November 2008



Nach Annahme Volks-
initiative «Für den Schutz
vor Waffengewalt»
von SP und GSÖA

<p>Kauf einer Waffe von privat</p> <ul style="list-style-type: none"> - Faustfeuerwaffen (Pistolen und Revolver) 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrag zwischen Käufer /Verkäufer - kein Waffenerwerbsschein unter Privaten erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrag zwischen Übertrager/Erwerber mit verschärften Anforderungen an den Übertrager; - Waffenerwerbsschein auch unter Privaten erforderlich (beachte hierzu Art. 8 WG¹). - Meldung mit Kopie WES² an Meldestelle innert 30 Tagen 	<ul style="list-style-type: none"> - Wer Waffen erwerben, besitzen, tragen, gebrauchen oder überlassen will, muss den Bedarf dafür nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. - Fichierung in zentralem Waffenregister
<ul style="list-style-type: none"> - Einzellader und Halbautomaten (Standardgewehre und freie Waffen, Karabiner, schweiz. Stgw) 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrag zwischen Käufer /Verkäufer - kein Waffenerwerbsschein unter Privaten erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrag zwischen Übertrager/Erwerber mit verschärften Anforderungen an den Übertrager; 	<ul style="list-style-type: none"> - Wer Waffen erwerben, besitzen, tragen, gebrauchen oder überlassen will, muss den Bedarf dafür nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. - Fichierung in zentralem Waffenregister
<p>Kauf einer Waffe im Waffenhandel</p> <ul style="list-style-type: none"> - Faustfeuerwaffen 	<p>Waffenerwerbsschein erforderlich. Einschränkung gemäss Art. 8, Abs. 2 WG möglich. Es erhält keinen Waffenerwerbsschein, wer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das 18. Altersjahr noch nicht beendet hat. - entmündigt ist - zur Annahme Anlass gibt, dass er sich selbst oder Dritte mit der Waffe gefährdet - wegen einer Handlung, die eine gewalttätige oder gemeingefährliche Gesinnung bekundet, oder wegen wiederholt begangener Verbrechen oder Vergehen im Strafregister eingetragen ist, solange der Eintrag nicht gelöscht ist 	<ul style="list-style-type: none"> - Waffenerwerbsschein erforderlich (beachte hierzu Art. 8, Abs. 2 WG) 	<ul style="list-style-type: none"> - Wer Waffen erwerben, besitzen, tragen, gebrauchen oder überlassen will, muss den Bedarf dafür nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. - Fichierung in zentralem Waffenregister
<ul style="list-style-type: none"> - Einzellader (Karabiner, Standardgewehre, Kleinkalibergewehre, Floberts usw.) 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrag zwischen Käufer/Verkäufer - kein Waffenerwerbsschein unter Privaten erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrag zwischen Übertrager/Erwerber - kein Waffenerwerbsschein erforderlich (Art. 10, Abs. 1 b BB Schengen/Dublin) 	<ul style="list-style-type: none"> - Wer Waffen erwerben, besitzen, tragen, gebrauchen oder überlassen will, muss den Bedarf dafür nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. - Fichierung in zentralem Waffenregister
<p>Besitz einer Feuerwaffe</p>	<p>Jedermann erlaubt, Einschränkungen gemäss Art. 8 WG und Ausnahme an Staatsbürger folgender Staaten (Art. 9 WV³):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundesrepublik Jugoslawien - Kroatien - Bosnien-Herzegowina - Mazedonien - Türkei - Sri Lanka - Algerien - Albanien 	<ul style="list-style-type: none"> - Jedermann erlaubt, der den Gegenstand rechtmässig erworben hat, Einschränkungen gemäss Art. 8 WG. - Waffenbesitz von Personen mit Wohnsitz im Ausland benötigen eine amtliche Bestätigung des jeweiligen Staates, wonach sie zum Erwerb einer Waffe berechtigt sind. - Meldepflicht aller Waffen innert einem Jahr. Ausnahme: alle WES-pflichtigen Waffen, die direkt von einem Händler erworben wurden, alle Ordonnanzfeuerwaffen, die von der Militärverwaltung zu Eigentum abgegeben wurden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Nur wer Bedarf nachweist und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringt. - Fichierung in zentralem Waffenregister
<p>Waffenerwerbsschein</p>	<p>Kauf von 1 bis 3 Waffen pro Waffenerwerbsschein möglich, sofern beim gleichen Veräusserer erworben</p>	<p>Kauf von nur 1 Waffe pro Waffenerwerbsschein</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kauf von nur 1 Waffe pro Waffenerwerbsschein - Fichierung in zentralem Waffenregister
<p>Erbgang</p>	<p>Das Erben von Waffen ohne Meldung an eine staatliche oder Bundesstelle ist usus. Allenfalls können die Vorschriften im WG Art. 9 als Richtschnur angewendet werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Waffenerwerbsschein innert 6 Monaten oder Übergabe der Gegenstände an eine berechtigte Person. - Meldung aller nicht WES-pflichtigen Waffen an eine Meldestelle innert 6 Monaten 	<ul style="list-style-type: none"> - Waffenbesitz nur mit Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis erlaubt. - Fichierung in zentralem Waffenregister - Einzug der Waffen bei fehlendem Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis
<p>Meldepflicht bei Handänderung</p>	<p>Kantonale Behörde meldet an Zentralstelle alle 3 Monate Erwerb von WES-pflichtigen Waffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Meldung mit Kopie WES an Meldestelle innert 30 Tagen - Meldung aller Käufe/Verkäufe ohne WES-Pflicht an Meldestelle (Kopie Vertrag) - Kantonale Behörde meldet an Zentralstelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Zentrales Eidgenössisches Waffenregister soll sämtliche in der Schweiz im Umlauf befindlichen Waffen erfassen. - Wer nicht registrierte Waffen besitzt, macht sich strafbar.
<p>Pump Action Gewehre</p>	<p>Kauf, Verkauf und Besitz erlaubt</p>	<p>Kauf, Verkauf und Besitz erlaubt</p>	<p>Kauf, Verkauf und Besitz verboten</p>
<p>Aufbewahrung Ordonnanzwaffe zu Hause</p>	<p>AdA bewahrt Ordonnanzwaffe als persönliche Waffe zu Hause auf während gesamter Dienstpflicht</p>	<p>AdA bewahrt Ordonnanzwaffe als persönliche Waffe zu Hause auf während gesamter Dienstpflicht</p>	<p>Ordonnanzwaffen werden unpersönlich, in gesicherten Räumen der Armee gelagert</p>
<p>Überlassung der persönlichen Waffe bei Austritt aus Wehrpflicht</p>	<ul style="list-style-type: none"> - AdA entscheidet, ob er gegen Unkostenbeteiligung persönliche Waffe zu Eigentum erwerben will. - Umbau von Voll- auf Halbautomat (untersteht nicht Art. 5 Abs a WG) 	<ul style="list-style-type: none"> - AdA entscheidet, ob er gegen Unkostenbeteiligung persönliche Waffe zu Eigentum erwerben will. - Umbau von Voll- auf Halbautomat (untersteht weiterhin nicht Art. 5 Abs. a WG) - Selbstdeklaration nach Art. 11 Abs. 1 Bst. d VPAA⁴ 	<p>Keine Überlassung. Ausnahmen sollen für bereits lizenzierte Sportschützen unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein.</p>
<p>Ausbildung an Waffe vor Erwerb erforderlich</p>	<p>Nein</p>	<p>Nein</p>	<p>Ja, Erwerb und Besitz nur nach vorangehender Ausbildung</p>

¹ Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 20. Juni 1997, Stand: 1. Mai 2007; ² Waffenerwerbsschein; ³ Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 21. September 1998, Stand: 1. Mai 2007; ⁴ Verordnung über die Persönliche Ausrüstung der Armeeingehörigen



L'initiative anti-armes – un attentat contre le sport de tir suisse

Ces dernières années, la discussion au sujet de l'arme personnelle du militaire suisse a généré bien des opinions extravagantes, parfois aussi bizarres. Le combat pour les propres exigences furent menés sur divers champs de bataille. Les résultats tangibles ne touchèrent pas le sport de tir outre mesure : En 2007, le Parlement chargea le Conseil fédéral de retirer la munition de poche. Depuis lors, l'armée applique cette décision sans effets immédiats sur notre sport. La révision de la loi sur les armes fut adoptée, après le refus de diverses propositions, sous une forme qui autorise encore la pratique du sport de tir.

D'anciennes exigences – déjà démocratiquement rejetées

En revanche, l'initiative populaire « Pour la protection face à la violence des armes » lancée sous l'égide du PSS menace directement notre sport. Elle remet sur la table tous les points que le Parlement a rejeté plusieurs fois ces derniers cinq ans, dont la preuve du besoin pour l'acquisition d'une arme et l'introduction d'un registre national central obligatoire pour toutes les armes de sport. Ces points ont été discutés démocratiquement par les Chambres fédérales et rejetés – de bon droit.

Il est pourtant faux de prendre l'initiative à la légère. Un sondage de la FST au début de la récolte des signatures

montre qu'une majorité de la population suisse souhaite une aggravation de la loi sur les armes et approuve un registre central des armes. Ce résultat relève clairement que tous les intéressés au sport de tir doivent s'engager pour éviter le pire. Il est tout même attesté aux sociétés de tir qu'elles ont une activité sensée dans les domaines sociaux et sportifs.

Le travail de la relève devient plus difficile

Ce travail, que nous fournissons finalement pour nos jeunes, serait mis en danger dans la plus haute mesure en cas d'acceptation de l'initiative, car les exigences des initiateurs ne se limitent pas seulement aux armes d'ordonnance. Il ne s'agit pas exclusivement de la remise des armes durant et après le service, mais que la détention de toutes les armes, y compris nos armes de sport, soit réglementée et autant que possible restreinte. L'hésitation d'un adolescent désirant s'engager dans une société de tir et à la recherche d'un genre sportif lui convenant serait fortement renforcée. Il est donc faux de croire que les exigences des initiateurs ne concernent que les armes d'ordonnance. Au contraire, toutes les armes, et explicitement les armes des tireurs sportifs aussi, devraient être soumises à une licence et un enregistrement. Même si les armes à air comprimé sont à peine mentionnées, elles sont également concernées et avec elles toutes les distances et disciplines du sport de tir.

Et c'est justement aux armes à air comprimé qu'une limitation de l'usage en tant qu'arme de sport auraient des effets négatifs sur notre sport. Le tir avec ces armes sert souvent d'étrier à la relève et aux juniors. C'est lui qui permet de promouvoir le tir de sport avec ménagement. C'est avec de telles armes que notre future élite apprend à vaincre. Au sport de tir, la relève ne pousse pas aux arbres pour n'être plus que cueilli. Des sports à la mode concurrencent la faveur des jeunes. Notre sport doit être attractif pour les jeunes. Des limitations telles que l'acceptation de l'initiative sur les armes les prévoit doivent être évitées justement en vue d'une forte relève.

La plus grande fête populaire suisse est en danger

Mais aussi l'interdiction de remettre l'arme d'ordonnance au domicile du militaire aurait des conséquences graves pour le sport de tir. Le tireur sportif à 300m serait obligé de chercher son arme à l'arsenal avant chaque exercice ou concours. Pour des raisons logistiques, les initiateurs exigent l'interdiction de la remise d'armes personnelles par les arsenaux. Or,



l'arme de sport est justement une arme personnelle, dont son possesseur connaît toutes ses particularités pour obtenir un résultat de pointe. Selon le comité d'initiative, les tireurs licenciés doivent avoir la possibilité de prendre part au tir fédéral en campagne avec leur arme personnelle. Mais que penser de la phrase suivante avancée par les initiateurs : « Cette réglementation d'exception doit cependant être appliquée de manière restrictive » ? Cet exemple montre clairement que les exceptions garanties aux tireurs sportifs sont sciemment formulées de manière trouble et nébuleuse afin de donner une fausse sécurité aux tireurs sportifs.

L'argument souvent entendu de la part des adeptes de cette initiative que le tir en campagne pourrait perdurer comme jusqu'à présent après son acceptation se révèle faux.

Le tir fédéral en campagne n'est pas en premier lieu une fête des sociétés de tir et de ses membres licenciés. Il est la plus grande fête de tir du sport populaire en Suisse. Nous avons près de 75 000 tireurs licenciés en Suisse et plus de 145 000 participants au tir fédéral en campagne. Cela veut dire que près de la moitié sont des tireurs sans licence qui, en cas d'aboutissement de l'initiative, seraient absents ou devraient utiliser un fusil qui ne leur est pas familière. De plus, de telles fêtes sont la meilleure propagande pour nos sociétés de tir – aussi pour l'acquisition de nouveaux membres.

Les raisons de combattre l'initiative contre les armes par les tireurs sportifs sont multiples.

Rita Fuhrer, présidente de la FST

Chères lectrices, chers lecteurs

Relever les buts poursuivis par les organisations qui sont derrière l'initiative populaire « Pour la protection face à la violence des armes » et quelles seraient les conséquences en cas de son acceptation, tel est le message du présent fascicule de Tir Suisse aux tireurs suisses au début de la lutte défensive contre la plus grande menace ayant pesée sur le tir sportif populaire depuis près de deux siècles.

Pour que le fascicule puisse être facilement détaché, Tir Suisse paraît pour une fois sans agrafes.

Rédaction de Tir suisse.



Eric Barbezat
Président de
la Société
Neuchâteloise de
Tir Sportif



Marie-Hélène Miauton
Morges VD
Fondatrice de M.I.S.
Présidente du groupe
de réflexion politique
hors partis « à pro-
pos »



Jean-Paul Grunenwald
Rossemaison JU
Président de l'USS

Les initiateurs estiment que seul celui qui peut prouver un besoin et l'aptitude de s'en servir à le droit de posséder une arme. Quel en seraient les effets sur le sport de tir en tant que sport populaire et de masse tel qu'il existe aujourd'hui (avec tireurs licenciés et de société) ?

Devoir prouver un besoin et son aptitude à s'en servir pour posséder une arme est une manière déguisée d'obtenir une interdiction générale de posséder une arme. En conséquence, ce serait la disparition du tir tel que nous le connaissons actuellement. Dans tous les autres sports, aucune obligation de prouver un besoin et une aptitude à le pratiquer ne sont exigées.

Ces conditions correspondent exactement à celles que peut avancer un malfaiteur qui a besoin d'une arme pour accomplir ses méfaits et qui sait malheureusement très bien s'en servir !

Mais, trêve de plaisanterie, les effets de cette restriction seraient exactement ceux qui sont recherchés par les initiateurs : disparition à court terme du tir populaire qui est une spécificité suisse, empreinte de tradition et d'originalité.

Cette définition n'est vraiment pas sérieuse, en effet, chaque tireur et tireuse a besoin de son arme. Il a été instruit et tout spécialement chaque militaire avec beaucoup d'heures de formation.

Si la légitimation du besoin et de l'aptitude étaient introduits, qu'est-ce que cela signifierait pour la formation ? La relève du sport de tir ?

Une telle légitimation n'est pas acceptable car elle conduirait à la disparition de la formation et de la relève.

Si l'arme ne peut plus être considérée comme un engin de sport mais comme un outil malfaisant, alors pourquoi pas le javelot ou le poids qui sont pourtant disciplines olympiques, voire l'épée ou le fleuret interdisant l'escrime ? Il y a une parfaite mauvaise foi de la part des initiateurs qui poursuivent un but idéologique et non pas le bien commun. Aujourd'hui, notre sport est répandu comme le football, avec des installations un peu partout et un exercice largement répandu. Nous le pratiquerons par la suite dans le seul cadre d'une équipe nationale, s'exerçant discrètement et dans le désintérêt de tous

Beaucoup de dépenses qui sont supportées par les sociétés devraient être financées par des instructeurs des cantons voir des communes. En demandant une aptitude il faut aussi les experts pour contrôler les résultats.

Les initiateurs prétendent que l'introduction d'un registre national des armes (les chiens et les automobiles ont après tout aussi été enregistrés) est indispensable pour empêcher et combattre efficacement les crimes et donnerait davantage de sécurité. Dans quelle mesure un simple registre central des armes pourrait-il empêcher des agissements criminels ?

Un registre national des armes ne va pas empêcher ni combattre efficacement les crimes et encore moins donner davantage de sécurité. Par contre il pourrait être utile dans certaines circonstances par exemple lorsqu'il s'agit pour les autorités, d'intervenir auprès d'une personne qui refuse de se soumettre à une décision. Le registre permettrait de savoir si elle est en possession d'arme (s) mais sans une sécurité absolue.

Les tireurs sportifs n'ont pas de raisons objectives pour s'opposer à un registre des armes. C'est une complication administrative parmi beaucoup d'autres, mais nous pouvons l'accepter. En revanche, cela ne servira en rien à empêcher la criminalité, nous le voyons parfaitement à l'étranger. C'est une mesure politiquement correcte mais sans efficacité.

Soyons sérieux, tous les contrôles ne servent à rien pour les criminels et les personnes dangereuses. Il est indispensable d'augmenter le respect envers son prochain. De donner des cours sur les valeurs de la personne humaine, afin d'augmenter la confiance dans notre système.

L'initiative exige l'interdiction de la remise à domicile des armes de service. Leur stockage devrait se faire par l'armée. Qu'est-ce que cela signifie pour le tir hors du service (exercices obligatoires) et les sociétés de tir ?

Exiger l'interdiction de la remise à domicile des armes de service équivaut à retirer la confiance faite au citoyen; citoyen qui ne l'oublions pas, est l'électeur des personnes formant les autorités. Ce serait la fin du tir hors du service et la disparition de nombreuses sociétés de tir.

Je pense depuis longtemps que le tir sportif ne vit pas, financièrement parlant, des exercices militaires hors service. Il repose sur les cotisations de ses membres et le dévouement de ses bénévoles. A mon avis, la suppression du tir hors service qui est visée par cette mesure nuira profondément à notre armée de milice et à sa signification mais pourrait se révéler sans effet sur le tir.

Ne perdons pas les traditions et tout spécialement le sérieux de chaque propriétaire de son arme. Les activités de tir hors service disparaîtront très vite.

En Suisse, le tir en tant que sport populaire se base en majeure partie sur le fait que l'arme est à disposition durant les obligations militaires et devient propriété (facultative) du militaire après son licenciement de l'armée. Jusqu'à quel point pouvez-vous suivre l'argument des initiateurs que p.ex. le tir en campagne pourrait avoir lieu comme jusqu'à présent en tant que manifestations sportive pour tout le monde ?

N'oublions pas que la remise de l'arme de service au militaire à la fin de ses obligations militaires ne contraint pas l'intéressé à accepter cette remise. Il peut très bien y renoncer. Nous ne pouvons pas suivre l'argument des initiateurs car si l'arme n'est plus remise au militaire, il ne viendra pas participer au tir en campagne.

Si cette mesure est introduite, il faut oublier le tir en campagne ! C'est un mensonge des initiateurs que de prétendre le contraire. Le tir en campagne est une fête de tir et, une fois encore, les initiateurs portent atteinte à nos spécificités nationales et à nos traditions. A-t-on souvenir d'un accident.

De telles déclarations est tout simplement une monumentale tromperie (comparable à la fable de la Fontaine/Le renard et la cigogne) Une fois l'arme retirée il ne faudra plus l'utilisée.

Eric Barbezat

La loi révisée sur les armes actuellement en vigueur règle la détention et l'acquisition d'armes à feu conformément aux accords bilatéraux de Schengen/Dublin. Jusqu'à quel point partagez-vous l'opinion des initiateurs que le durcissement préconisé de la loi sur les armes sécurise davantage la vie publique ?

Je ne partage pas, mais pas du tout, l'opinion des initiateurs. Ce n'est pas le durcissement de la loi sur les armes qui va sécuriser davantage la vie publique mais le sens des responsabilités et surtout les peines infligées à ceux qui en font un usage délictueux.

Marie-Hélène Miauton

La sécurité publique ne dépend pas seulement d'accords bilatéraux ni d'autres lois internationales ou nationales. Elle dépend de la volonté politique de faire respecter l'ordre. On le voit bien en France aujourd'hui où existent des zones de non droit dans les banlieues et où la délinquance se multiplie et reste impunie. En Suisse, l'arme à domicile était un signe de confiance dans un citoyen responsable. Un événement tragique comme la tuerie de Zug n'illustre pas la dérive de l'arme à la maison mais bien celle d'une société qui perd ses repères.

Jean-Paul Grunenwald

Un mensonge, car les initiateurs parlent de leur sentiment et aucunement de la réalité. Mettons en pratique ces accords et regardons les résultats dans quelques années.

Le texte de l'initiative tend clairement à l'interdiction de posséder et d'acquérir une arme à feu. Les initiateurs prétendent en même temps que la pratique du tir n'est pas mise en cause. Comment les tireurs sportifs doivent-ils s'adapter si le terme « pratiquer » est interprété de manière restrictive, comme le veulent les initiateurs ?

Il n'y a pas d'adaptation possible pour les tireurs sportifs si le terme « pratiquer » est interprété de manière restrictive. Comment pratiquer le tir si le tireur n'a plus le droit de posséder ou d'acquérir une arme à feu ?

Il est illusoire de penser que les initiateurs sont de bonne foi. Ils n'aiment pas le tir ni les tireurs qui ne sont pas des sportifs à leurs yeux (il suffit de voir comment nous sommes traités dans les médias), alors que les cyclistes qui se dopent, le foot qui réveille les bas instincts des hooligans et les boxeurs qui se tapent dessus jusqu'au KO qui est une véritable commotion cérébrale, ont leur sympathie... Nous devons « faire avec ».

La liberté des tireurs et tireuses ne doit aucunement être réduite par les mensonges et les exagérations de quelques personnes. L'arme n'est jamais le problème, mais l'individu, voir l'usage abusif et intempestif des munitions.

Les initiateurs insinuent que près de 1,7 millions d'armes à feu se trouvent inutilement dans les ménages et exigent que la Confédération soutienne les cantons lors du ramassage des armes à feu. Estimez-vous de telles mesures adéquates pour augmenter la sécurité publique ?

Le chiffre avancé n'est qu'une insinuation des initiateurs et leur exigence que la Confédération soutienne les cantons lors du ramassage des armes à feu n'est pas une mesure adéquate propre à augmenter la sécurité publique. Pour l'élimination des armes déposées et non utilisées dans les ménages, une campagne d'information serait déjà un premier pas pour une élimination correcte. La terminologie employée « armes traînant inutilement » doit disparaître. Une telle appellation est un argument pour les initiateurs.

Il suffirait d'en charger les sociétés de tir qui connaissent bien leurs membres et qui les voient arrêter le tir ou disparaître. Les arsenaux de Suisse devraient reprendre ces armes non utilisées et offrir en échange à leur propriétaire des bons d'achat pour les surplus de l'armée régulièrement mis en vente, voire un dédommagement en argent qui coûterait moins cher que la mise en place d'un processus administratif paperassier et lourd. Il serait temps ensuite de prendre d'autres mesures si celle-ci ne semble pas suffisante.

Chaque arme est en sécurité lorsque la société va bien et que l'apprentissage du respect de son prochain est favorisé. Le commandement biblique est toujours valable et en vigueur « Tu ne tueras point ». Cela est le meilleur remède pour la sécurité du peuple suisse.



Résolution de la Fédération sportive suisse de tir contre les buts de l'initiative populaire « Pour la protection face à la violence des armes »

(Adoptée après l'exposé « Les armes: un problème de société? », le 21 février 2008, à Berne, lors de l'exposition Pêche Chasse Tir 2008)

La Fédération sportive suisse de tir (FST) et les 15 Associations de tir de la Communauté d'Intérêt du Tir suisse (CIT) rejettent l'initiative « Pour la protection face à la violence des armes ». Cette initiative a pour buts de compromettre le sport de tir, de priver le Tir hors du service de sa base d'élaborer une loi sur les armes contraire à notre conception de la démocratie directe et à notre tradition politico-sociale. La communauté des tireuses et des tireurs s'y oppose énergiquement et relève ce qui suit:

1. L'initiative veut interdire la détention d'une arme par les particuliers.
2. L'initiative compromet le tir populaire, la chasse conforme aux règles de l'art et les collections d'armes.
3. L'initiative veut supprimer le tir hors du service; l'organisation du Tir fédéral en campagne, la plus grande manifestation sportive en Suisse, ne sera, sans doute, plus possible.
4. Les initiateurs prétendent que le tir populaire et les sociétés de tir ne sont pas touchés par leur initiative. C'est tromper le peuple suisse.
5. L'initiative retire au citoyen et au soldat la confiance que l'Etat met en eux et de ce fait met également le système de milice de notre Armée en question.
6. L'initiative promet davantage de protection face à la violence des armes. C'est également tromper le peuple suisse.
7. La loi sur les armes révisée est appropriée et suffisante pour lutter contre les abus.
8. Les problèmes de société ne peuvent pas être résolus par le durcissement des lois et des ordonnances.

La FST et la CIT invitent la population à rejeter l'initiative « Pour la protection face à la violence des armes ». Son acceptation ne peut ni empêcher les abus, ni augmenter la sécurité. Mais elle menace le tir, un sport populaire!

Ce que sont les conséquences de la législation sur les armes



Situation actuelle
(Loi sur les armes du 20 juin 1997, état au 1^{er} mai 2007)



Dès l'introduction de
l'Arrêté fédéral sur l'Espace Schengen et l'Espace Dublin
env. novembre 2008



Après acceptation de
l'initiative «Pour la protection face à la violence des armes»
du PSS et GSsA

<p>Achat d'une arme en privé</p> <ul style="list-style-type: none"> Armes de poing (pistolets et revolvers) 	<ul style="list-style-type: none"> Contrat entre vendeur/acheteur Pas besoin de permis d'acquisition (PdA) entre privés 	<ul style="list-style-type: none"> Contrat entre cédant/acquéreur avec exigences accrues au cédant; PdA² aussi entre privés obligatoire (cf. Art. 8 LA¹). Annonce avec copie du permis d'acquisition² au centre d'annonce dans les 30 jours 	<ul style="list-style-type: none"> Celui qui veut acquérir, détenir, porter, utiliser ou céder une arme doit en prouver le besoin et avoir les aptitudes nécessaires Inscription au registre central des armes
<ul style="list-style-type: none"> Arme à un coup et semi-automatique (Fusil standard, arme libre, mousqueton, F ass suisse) 	<ul style="list-style-type: none"> Contrat entre vendeur/acheteur Pas besoin de PdA entre privés 	<ul style="list-style-type: none"> Contrat entre cédant/acquéreur avec exigence accrues au cédant 	<ul style="list-style-type: none"> Celui qui veut acquérir, détenir, porter, utiliser ou céder une arme doit en prouver le besoin et avoir les aptitudes nécessaires Inscription au registre central des armes
<p>Chez le négociant d'armes</p> <ul style="list-style-type: none"> Armes de poing 	<p>PdA obligatoire. Restrictions selon Art. 8, al. 2 LA. Ne reçoit pas de permis d'acquisition celui qui:</p> <ul style="list-style-type: none"> n'a pas encore 18 ans. est mis sous tutelle donne lieu au soupçon qu'il se met lui-même ou autrui en danger avec une arme commet un acte témoignant d'un comportement dangereux en public, ou figure au registre pénal pour avoir commis des délits répétés aussi longtemps que la mention n'est pas radiée 	<ul style="list-style-type: none"> PdA obligatoire (cf. Art. 8, al.2 LA) 	<ul style="list-style-type: none"> Celui qui veut acquérir, détenir, porter, utiliser ou céder une arme doit en prouver le besoin et avoir les aptitudes nécessaires Inscription au registre central des armes
<ul style="list-style-type: none"> Armes à un coup (mousqueton, fusil standard, carabine PC, floberts, etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> Contrat entre vendeur/acheteur pas besoin de permis d'acquisition entre personnes privées 	<ul style="list-style-type: none"> Contrat d'acquisition entre cédant/acquisiteur pas de PdA (art.10, al.1b AF Schengen/Dublin) 	<ul style="list-style-type: none"> Celui qui veut acquérir, détenir, porter, utiliser ou céder une arme doit en prouver le besoin et avoir les aptitudes nécessaires Inscription au registre central des armes
<p>Détention d'une arme à feu</p>	<p>Autorisée pour tout le monde. Restrictions selon art. 8 LA et exceptions pour citoyens des Etats suivants (Art. 9 OA³):</p> <ul style="list-style-type: none"> République fédérale de Yougoslavie Kroatie Bosnie-Herzégovine Macédonie Turquie Sri Lanka Algérie Albanie 	<ul style="list-style-type: none"> Admis pour tout le monde, pour autant que l'objet ait été acquis légalement. Restrictions selon art. 8 LA. Les personnes résidant à l'étranger ont besoin d'un certificat officiel de l'Etat concerné attestant qu'elles ont le droit d'acquérir une arme. Obligation d'annoncer toutes les armes dans l'année. Exception: toutes les armes sujettes à un PdA achetées par un marchand d'armes et toutes les armes d'ordonnance délivrées en propriété par l'Administration fédérale. 	<ul style="list-style-type: none"> Seul celui qui peut prouver le besoin et a les capacités nécessaires. Inscription au registre central des armes
<p>Permis d'acquisition</p>	<p>Achat de 1 à 3 armes par PdA possible chez le même vendeur</p>	<p>Achat d'une seule arme par PdA</p>	<ul style="list-style-type: none"> Achat d'une seule arme par PdA Inscription au registre central des armes
<p>Dévolution successorale</p>	<p>L'héritage d'armes sans information des instances officielles est usuel. Les prescriptions de l'art. 9 LA peuvent, le cas échéant, être utilisées comme directives.</p>	<ul style="list-style-type: none"> PdA dans les 6 mois ou remise de l'objet à une personne autorisée Annonce de toutes les armes libres d'un PdA à un centre d'annonce dans les 6 mois 	<ul style="list-style-type: none"> Détention d'une arme seulement avec permis d'acquisition et avec les capacités nécessaires. Inscription au registre central des armes Confiscation de l'arme en l'absence de preuve du besoin et de l'aptitude
<p>Obligation d'annoncer un changement de main</p>	<p>Les autorités cantonales annoncent tous les trois mois les armes exigeant un PdA à l'instance centrale.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Annonce avec copie du PdA à un centre d'annonce dans les 30 jours Annonce de toutes les ventes/achats sans PdA au centre d'annonce (copie du contrat) Les autorités cantonales informent l'office central 	<ul style="list-style-type: none"> Le registre fédéral central des armes doit saisir toutes les armes en circulation en Suisse. Celui qui possède une arme non enregistrée est punissable.
<p>Fusils Pump Action</p>	<p>Achat, vente et détention autorisés</p>	<p>Achat, vente et détention autorisés</p>	<p>Achat, vente et détention interdits</p>
<p>Garde d'une arme d'ordonnance au domicile</p>	<p>Le militaire garde son arme d'ordonnance chez lui comme arme personnelle durant ses obligations militaires</p>	<p>Le militaire garde son arme d'ordonnance chez lui comme arme personnelle durant ses obligations militaires</p>	<p>Les armes d'ordonnance sont impersonnelles et stockées en lieux sûrs de l'armée</p>
<p>Remise de l'arme personnelle lors de la libération des obligations militaires</p>	<ul style="list-style-type: none"> Le militaire décide s'il veut acquérir son arme personnelle en propriété moyennant une participation aux frais Transformation du tir en raffales en tir semi-automatique (n'est pas soumis à l'art. 5, al. a LA) 	<ul style="list-style-type: none"> Le militaire décide s'il veut acquérir son arme personnelle en propriété moyennant une contribution aux frais Transformation du tir en raffale en tir semi-automatique (n'est pas soumis à l'art. 5, al. a LA)⁴ Auto-déclaration selon art. 11, al. 1, ltr. d OEPM⁴ 	<p>Pas de remise, sauf pour tireurs sportifs déjà licenciés, sous conditions déterminées.</p>
<p>Instruction à l'arme avant l'achat obligatoire</p>	<p>Non</p>	<p>Non</p>	<p>Oui, acquisition et détention seulement après instruction préalable</p>

¹ Loi fédérale sur les armes, accessoires d'armes et munitions du 20 juin 1997, état au 1^{er} mai 2007; ² Permis d'acquisition; ³ Ordonnance sur les armes, accessoires d'armes et munitions du 21 septembre 1998, état au 1^{er} mai 2007;

⁴ Ordonnance du 5 décembre 2003 concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM)